

Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Sonnabend, 7. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Nr. 782.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt für ein Jahr 12 Mark, für sechs Monate 7 Mark, für drei Monate 4 Mark. Die Zeitung wird auch einzeln verkauft.

Die Redaktion befindet sich in Berlin, Unter den Linden Nr. 10. Die Druckerei befindet sich in Berlin, Unter den Linden Nr. 10.

Amtliches.

Berlin, 6. November. Der König hat dem Kreisger. Sekretär und Kanzlei-Direktor, Kanzlei-Rath Spiskly zu Schönlanke, Kreis-Garnison, dem Bürgermeister Naatz zu Schubin den R. Adl.-Dro. 4. Kl. verlichen, den Kreisrichter Dr. Jahr zu Merseburg zum Reg.-Rath ernannt.

Der Lehrer Högelund, bisher an der städt. Schule zu Apenrade, ist als erster Lehrer an der Präparanden-Anstalt zu Apenrade berufen, die Lehrer Jessen zu Hensburge, Gronwald zu Grünendeich, Holm zu Apenrade und der Navigationschul-Aspirant Krause zu Danzig, letzterer unter Beilegung des Titels Navigationslehrer, sind zu Navigationschullehrern ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Seidelberg, 6. November. Dem Vernehmen nach hat Dr. Kirchhoff, ordentlicher Professor der Physik an der hiesigen Universität, den ihm von der Universität Berlin gewordenen Ruf angenommen. Sein Abgang von hier würde am Schlusse des eben begonnenen Semesters erfolgen.

Wien, 6. November. Die „Neue freie Presse“ veröffentlicht den Wortlaut der Depesche, welche der türkische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marifi Pascha, unter dem 23. October in Erwiderung auf die Kollektivklärung der nordischen Mächte, betreffend den Abschluß selbständiger Handelsverträge mit den Donaufürstenthümern an die türkischen Botschafter in Berlin, Petersburg und Wien gerichtet hat. Die Depesche betont, daß die Pforte stets sich bereitwillig gezeigt habe, den Wünschen der befreundeten Mächte entgegenzukommen. Dieselbe würde auch nicht verfehlen, sich der vorgeschlagenen Lösung der schwebenden Frage anzuschließen, wenn diese nicht über das Ziel, welches sie erreichen sollte, weit hinausgehe. Die Pforte nehme die Erklärung der Mächte, daß sie an den Banden zwischen den Fürstenthümern und dem souveränen Hofe nicht rütteln wollen, mit Genugthuung entgegen, sei aber doch gewarnt, die Frage zu stellen, ob ein neuer Schlag gegen den pariser Friedensvertrag nicht dieselben Wirkungen wie die früheren haben werde, und ob nicht ein Tag kommen werde, an welchem der menschliche Wille ohnmächtig sein werde, die Strömung aufzuhalten, welche man durch eine Reihe von Vertragsverletzungen entfesselt habe. Nachdem die Pforte Gründe habe, von dem Rechtspunkt abzugehen und eine weitere Diskussion zu vermeiden, habe die Angelegenheit für sie nur noch eine Seite, und zwar handle es sich dabei um eine vorläufige Anfrage der fürstlichen Regierungen bei dem souveränen Hofe, welcher Vorschlag jeder gesetzlichen Verhandlung den Weg freilasse. Die Pforte sei der Ansicht, daß die Erreichung des Zieles, welches die Großmächte im Auge hätten, vollkommen möglich sei, ohne den Boden der Verträge zu verlassen. Die Haltung der Pforte in dieser Sache sei nicht durch die Formfrage, sondern durch höhere Rücksichten bedingt.

Wien, 6. November. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat eine Resolution angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, noch im Laufe der gegenwärtigen Session eine Vorlage wegen Herabsetzung des Zeitungstempels auf die Hälfte des seitherigen Betrages einzubringen. Der Antrag, auch betreffs des Kalenderstempels eine gleiche Ermäßigung in Aussicht zu nehmen, wurde abgelehnt.

Rom, 6. November. Die Regierung glaubt in dem Parlament auf eine Majorität von 80 bis 100 Stimmen rechnen zu können.

London, 6. November. Die Grubenarbeiter Lord Penrhyn's haben sich bereit erklärt, ihre Arbeit unter den von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Die Morgenblätter enthalten Meldungen aus Montevideo vom 4. d. Nach denselben Anrte das Geschwader der Insurgenten vor Buenos-Ayres. Ein neuer Zusammenstoß der Insurgenten mit den Regierungstruppen war noch nicht erfolgt. Der Insurgentendampfer „Montevideo“, welcher in den Gewässern von Uruguay vor Anker gegangen war, ist von der Regierung von Uruguay mit Beschlag belegt.

Demnächst steht hier die Bildung einer altkatholischen Kongregation zu erwarten. Die einleitenden Schritte zur Konstituierung derselben sind bereits erfolgt. Das zu Grunde gelegte Glaubensbekenntniß soll dasjenige sein, auf welchem die ersten ökonomischen Konzilien standen, d. h. der Glaube an ein ungetheiltes Christenthum.

Gestern Abend empfing der Erzbischof Manning eine Anzahl namhafter Würdenträger der römischen Kirche und besprach mit ihnen das Projekt eines demnächst hier zusammentretenden internationalen katholischen Kongresses. Der Erzbischof bemerkte, daß er seit wenigen Stunden in Erfahrung gebracht habe, daß die katholische Welt durch einen Streit bedroht werden solle, welcher sich über alle Befehle des vatikanischen Konzils verbreiten würde. Auf der Tagesordnung des Kongresses steht die Aufrechterhaltung der Infallibilität des Papstes, die Anerkennung seines Rechtes auf die weltliche und geistliche Macht. Ferner soll eine Erklärung abgegeben werden, daß es die Pflicht aller Christen sei, zur Obedienz des Papstes zurückzukehren. Die Direktiven für diesen Kongreß sollen unmittelbar vom Vatikan her erlassen sein, und werden hervorragende Persönlichkeiten des römischen Klerus dem Meeting beizubringen.

Budapest, 6. November. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein fürstliches Dekret, durch welches die Kammern auf den 27. d. M. zur ordentlichen Session einberufen werden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 6. November.

— Die mit Spannung erwartete Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag war zahlreich besucht, auch der Zuschauerraum stark besetzt. Wir theilen daraus die Verhandlungen über die beiden bereits mitgetheilten Anträge Stasman u. Genossen und Weber mit:

Der Antrag des Stadtverordneten Stasman u. Genossen: Den Magistrat um Auskunft zu erfragen, in welchem Stadium sich die Angelegenheit einer „Provinz Berlin“ befindet und welche Schritte der Magistrat gethan hat, um den Geist der Selbstverwaltung und die finanziellen Interessen der Stadtgemeinde hierbei zu wahren, wird mit einem Zusätze des Referenten Stadtverordneten Horwig angenommen, die Auskunft des Magistrats schleunigst einzufordern. In der Diskussion gab der Oberbürgermeister eine längere Erklärung ab, Inhalts deren das Projekt der Gründung der „Provinz Berlin“ zur Zeit noch keine feste Gestalt habe. Sollte es wirklich zu einer Los-trennung der Stadt von der Provinz Brandenburg kommen, dann würde selbstverständlich Berlin mit den Nachbar-Gemeinden zu einem Verbände vereinigt werden müssen, der jedoch die Selbstverwaltung der Stadt Berlin in keiner Weise tangirt und sich nur mit der Bewältigung solcher Aufgaben zu befassen hat, die Berlin allein nicht vollführen kann, beispielsweise der Schutz der öffentlichen Wasserläufe gegen Verunreinigung u. s. w. In diesem Sinne sei auch der Gesetzesentwurf im Ministerium des Innern concipirt, an dessen Abfassung er (der Oberbürgermeister) sich ebenfalls betheiligte habe. Das aber könne schon heute versichert werden, daß von keiner Seite daran gedacht werde, dem Polizeipräsidenten eine Stellung in der „Provinz Berlin“ zu geben, welche dem Geiste der Städteordnung vererblich sein könnte. Man solle doch nicht immer das Gespenst des Bankrotts der Selbstverwaltung an die Wand malen; hüte sich die Versammlung vor Zersplitterung im Innern, so werde es Niemand wagen, an der Selbstverwaltung zu rütteln. (Bravo)

Eine sehr lebhafte Debatte rief der Antrag des Stadtv. Weber hervor: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle aus ihrer Mitte eine Deputation mit dem Auftrage niederlegen: zu prüfen, ob Fraktionsbildungen der bezeichneten Art mit dem Geiste kommunaler Selbstverwaltung vereinbar und den Interessen der Stadt förderlich sind. Der Referent Stadtv. Gneist erinnerte an die früheren Streitigkeiten über dieselbe Frage, welche schon einmal der Regierung zu Potsdam zur Entscheidung vorlag, von dieser aber als über ihre Kompetenz gehend zurückgewiesen wurde. Nothwendig seien die Fraktionen wenigstens nicht, denn die wünschenswerthen Informationen könnten den Mitgliedern viel gründlicher durch die bestehenden Verwaltungsdeputationen gegeben werden, und in der That hätten sich alle bisher bestanden Fraktionen halb wieder aufgelöst. Er glaube, es entspreche den Intentionen des Antragstellers am besten, wenn hier die Vor- und Nachteile der Fraktionsbildung im kollegialischen Kreise leidenschaftlich besprochen werden. — Der Antragsteller Stadtv. Weber weist in längerem Vortrage die Schädlichkeit der Fraktionsbildung nach. Die Mitglieder, welche sich derselben nicht anschließen, würden gezwungen, ebenfalls zu einer Fraktion zusammenzutreten, die Abstimmungen verfallt, weil die Minoritäten in Folge der bindenden Beschlüsse der Fraktion nicht mehr zu übersehen sind. Wenn die Fraktion wirklich dahin kommen werde, die Majorität in allen Dingen zu haben, wenn der Magistrat und der letzte Steuererheber vom hren Prinzipien erfüllt sei, dann werde sie sich selber tod gemacht haben.

Stadtverordneter Stort wünscht das Urtheil über das Wirken der Fraktion der Bürgerschaft zu überlassen, die allein kompetent und nicht so gewissenlos sei, Leute in die Verhandlungen hineinzuziehen, welche nicht bloß nach ihrem Gewissen urtheilen. Stadtv. Romstädt. Durch den Antrag werden die ehrenwerthesten Männer dieser Versammlung theilweis noch im Grabe geschmäht (Ho), Sie werden mich durch Ihre Zwischenreden nicht veranlassen, anders zu reden, wie ich denke. Vor 15 Jahren bestand schon der „Vera“; einer der jetzigen Eiferer gegen die Fraktion, der Kollege Rätel, war Mitglied derselben. (Heiterkeit.) Die Fraktion sei ihrer Charakterschwäche wegen zusammen, einzelne Ueberbleibsel derselben haben die Erfahrungen sich zu nütze gemacht und die Fraktion neu aufgerichtet. Man macht uns mit Unrecht zum Vorwurf, daß wir gegen unsern verehrten Vorsteher agitiren, aber vor 15 Jahren war es ebenso der Fall. Als wir höchstens 25 Mann stark waren, da waren wir recht gut zur Insenerung; jetzt fürchtet man uns, weil wir mehr Boden in der Bürgerschaft gewonnen haben wie Sie. Wir hatten damals die Parole der Wiedewahl Kochmann's auf unsere Fahne geschrieben und wurden von Ihnen angeendet. Als Seitens des Berges die Feier des Geburtstages Sr. Majestät von unserer Seite beantragt war, wählte man allem parlamentarischen Gebrauche entgegen nicht einmal den Antragsteller in das Comité, ja man sagte uns so: „ar, wenn einer von uns ins Comité eintrete, würden die Anderen aussteigen.“ Bei Kochmann's 70. Geburtstage erhielten wir die zweite Ohrfeige; das Circular wurde uns trotz des Versprechens nicht vorgelegt. Man will jetzt hier die Fraktion verurtheilen, denn weiter will ja der Antrag nicht; nun ja, es fehlt bloß noch, daß unter dem Rathhaus-thurm ein Burgruine eingestürzt wird, in welches die ganze Fraktion eingeschert wird. Sie sagen, wir treiben Politik; nein, Sie thun es, und glauben Sie mir, von unserer Seite würde niemals der Antrag eingebracht sein, Sr. Majestät dem Kaiser nicht zum Geburtstage zu gratuliren. Ich bitte Sie, reden Sie nur eben so von der Leber herunter wie ich, gelehrte Reden wie mancher Andere kann ich Ihnen nicht halten. (Bravo und Heiterkeit.)

Stadtv. Meyer nennt den Antrag so unerhört, er bringe einen solchen Schatten über ganz Berlin, daß er ohne alle Motivierung abgesehen werden müsse, um dieses Dunkel wieder aufzuhellen. Der Antragsteller sei derjenige Mann, welcher bei einer Konferenz von Abgeordneten in die Schwächung der Berliner Selbstverwaltung einstimme. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung habe stets für Freiheit und Recht gekämpft, und nun komme ein neues Licht und wolle uns einen Weg zeigen. (Gelächter.) Folgen Sie ihm nicht, meine Herren, es ist ein Irrlicht und führt ins Dunkel. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Stasman. Der Antrag kennzeichnet sich als ein sehr unbedachter Versuch, die Mitglieder der Fraktion zu verdächtigen, der ganz energisch zurückgewiesen werden muß. Thatsache sei, daß die Fraktion ihre Mitglieder stets sehr schnell informirt, während früher Mitglieder der Versammlung oft sechs Jahre lang hier saßen, ohne zu wissen, was um sie her vorgeht, wenn sie nicht das Glück hatten, in die Geldbewilligungsdeputation zu kommen.

Stadtv. Dr. Neumann: Wenn man die drei Vorredner (Romstädt, Meyer, Dr. Stasman) angehört hat, so fragt man sich, warum denn die Versammlung nicht in eine Partei der Ehrlichen und

Anständigen und in eine Partei der Unehrlichen getheilt wird, denn die Vertheidiger der Fraktion haben für ihre Gegner nichts weiter als die größten persönlichen Verdächtigungen. Das ist doch keine Diskussion. Wir sind gefragt worden, warum wir mit unseren Bedenken nicht früher hervorgetreten sind? Je nun, bis jetzt war noch nichts Bestimmtes über die Fraktion des „Berges“, oder über die „demokratische Fraktion“ bekannt geworden, bis vor etwa 14 Tagen ein Wablauftrat der „Fraktion der Linken“ erschien, welchem gegenüber wir eine Art thattsächlicher Berichtigung eintreten lassen mußten. Sie vindiciren sich in dem Aufrufe eine Anzahl von Verdiensten, die Ihnen thattsächlich nicht zukommen (Stadtv. Stryl: Manu!) und legen dadurch den anderen Theil der Versammlung in der Achtung der Bürgerschaft herab. Was Sie in dem Aufrufe Ihr Verdienst bei der Steuerherabsetzung nennen, ist die Frucht langjähriger Forderungen der ganzen Versammlung. Die Steuerreform wurde von Ihnen an-geregt ja, aber die ganze Versammlung hat in Gemeinschaft mit dem Magistrat an dem Resultat gearbeitet. Der Kollege Seidel ist mit seiner Steuerverweigerung viel weiter gegangen als Sie, und wenn Kollege Löwe als Referent ganz besonders warm für diese Sache eintreten konnte, so war dies nur möglich, weil wir ihm in der Deputation gehörig vorgearbeitet hatten. Wie Sie die Reform des konfessionellen Schulwesens als Ihr Werk hinstellen, so thun Sie es wohl deshalb, weil der Antrag von dem Kollegen Gneist ausgeht, der nicht um „Vera“ gebürt. (Gelächter. Stadtv. Stryl: Das ist thattsächlich unwar!) Als Ihr Werk stellen Sie es hin, daß die Uebernahme verschiedener Zweige der Polizeiverwaltung auf die Stadt im Fluß sich befindet, allein die Sache befindet sich seit 1870 schon im Gange und die jetzt mit der Sache betraute Kommission ist speziell auf den Antrag des Vornehmers Kochmann niedergesetzt. Und wie kommen Sie dazu, den von mir ursprünglich ausgehenden Antrag wegen Reform der Kommunalwahlbezirke sich zum Verdienst anzurechnen? Diese thattsächlichen Berichtigungen mußte ich Ihnen angebeihen lassen. Ich will Ihnen gar nicht verwehren, eine Fraktion zu bilden, aber ein Unrecht gegen die Bürgerschaft ist es, daß Sie Ihr Statut noch nicht veröffentlicht haben, daß Sie mit Ihren allgemeinen Grundsätzen so geheim halten. Hr. Romstädt hat von früheren Zeiten in der Versammlung gesprochen. Nun ja, als wir in die Versammlung eintreten, die damals noch unterschieden zwischen solchen Mitgliedern, die würdig, und anderen, die nicht würdig waren, das Amtzeichen zu tragen, da wurden wir als Zuhöringe angesehen, auch ziemlich groß so genannt, und wenn wir bei jeglichem Mangel an Vorlagen einmal einen der älteren Herren dazu brachten, uns über eine Sache aufzuklären, dann war das für uns ein Feiertag. Auf diese Weise entstand die viel berufene „Theerbutte“ (Bereinigung in der Theerbuttschen Ressource), welche nach hartem, ehrlichem Kampfe die Oeffentlichkeit der Sitzungen, den Druck der Vorlagen und des „Kommunalblattes“ durchsetzte. Herr Romstädt, als Sprecher der sehr royalistischen demokratischen Fraktion, hat uns den Vorwurf der Invaluität gemacht; er hat sich wohl nicht klar gemacht, daß wir zu gedachtem Beschlusse nur durch den Umstand gebracht wurden, daß der König die Annahme einer Deputation der Stadtverordneten-Versammlung ablehnte. Ich habe an diese persönlichen Dinge anknüpfen müssen, weil Sie factische Dinge bis jetzt nicht vorbrachten. (Stadtverordneter Stryl: Kommt noch.)

Löwe vertheidigt den seitens seiner Fraktion publizirten Rechenschaftsbericht, den er bei der vorgeschrittenen Zeit leider nicht mehr Wort für Wort durchzugehen in der Lage sei, dessen Richtigkeit jedoch über jeden Zweifel sich stelle. Redner empfiehlt den Geanern, offen und frei herauszutreten und sich nicht hinter so salbungsvoll eingeleitete Anträge zu verstecken, wie der vorliegende des Stadtv. Dr. Weber. Unter großer Unruhe der erregten Versammlung vertheidigt Stadtverordneter Dr. Horwig den von ihm gestellten Antrag des Ueber-ganges zur Tagesordnung, und zwar in Erwägung, daß durch die stattgehabte Debatte der wesentliche Zweck des Weber'schen Antrages, die Klärung des Sachverhalts, erreicht sei. Nachdem der Schluß der Debatte angenommen worden, erklärt der Antragsteller sich materiell für völlig befriedigt durch die eingehende Diskussion, die sein Antrag in der heutigen Sitzung erfahren habe. Der Referent Dr. Gneist sagt das Resultat der ganzen Verhandlung dahin zusammen, daß das Gemeinwohl durch ein derartiges Parteiwesen schwerlich gefördert werden dürfte; wie die Bürgerschaft darüber denke, werde in spätestens zwei Jahren bei den Wahlen für die Versammlung sich zeigen.

Am 4. Novbr. fand in Potsdam die Feier des 150jährigen Bestehens des Militär-Waisenhauses statt. Als die Zöglinge bei Tafel saßen, sprach der Kaiser, welcher mit den Bräuten dem Feste bei-wohnte, Folgendes: „Kinder, ich rufe Euch zu, eingedenk zu sein dieser Stunde und daß der Staat für Euch und Eure Zukunft sorgt und daß das Fundament von Allem Religion ist und die Anhänglichkeit an König und Vaterland.“ Dem General v. Randow, dem Direktor der Anstalt, die Hand reichend, schloß der oberste Kriegsherr mit den Worten: „Dafür werden Sie Sorgen und Mühe, die nach Ihnen kommen. Bei dieser feierlichen Gelegenheit wurden mit dem Kronen-Orden zweiter Klasse mit den Sternen der Generalmajor v. Randow, mit dem Rothen Adler-Orden vierter Klasse die Lehrer Rothhardt und Barnack und der Sekretär, Kalkulator Damm, mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen der Portier Jochen von Sr. Majestät dekoriert.

Ueber den Prozeß des Grafen Arnim bringt die „Staatsbürger-Zeitung“ folgende beachtenswerthe Notiz:

„Es dürfte noch einige Wochen dauern, ehe zu der gerichtlichen Verhandlung gegen den Grafen Arnim geschritten werden kann. Ob die Verhandlungen öffentlich oder geheim sein werden, ist bis jetzt noch nicht entschieden. Der Umstand jedoch, daß unter den Schriftkänden, um welche es sich handelt, solche sich befinden, deren öffentliche Kenntnisaufnahme vom Auswärtigen Amte beanstandet werden könnte, spricht für die Wahrscheinlichkeit der Nichtöfentlichkeit der Gerichtsverhandlungen.“

An diese vielleicht offiziöse Bemerkung knüpft die „Schlef. B.“ den gewiß allgemein getheilten Wunsch, die Verhandlungen möchten gerade im Interesse der Regierung öffentlich sein, damit das öffentliche Gewissen und das allgemeine Rechtsbewußtsein beruhigt werden und eine notwendige Genußgung erhalten kann. Das Blatt schreibt:

Es heißt im Art. 18 des Ges. vom 3. Mai 1852, daß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden solle, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr drohe. Daß im Prozesse Arnim nichts den guten Sitten Widersprechendes ans Licht kommen wird, das dürfte wohl von Niemanden beweifelt werden, denn es handelt sich mit Nichtem um ein Vergehen, das irgendwie die Sittlichkeit verletzt. Was die Gefahr für die öffentliche Ordnung anlangt, so kann freilich wohl eine solche schon

